

II-9006 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen  
des Nationalrates XVII. Gesetzgebungsperiode

Nr. 4532 N

1989 -11- 13

A N F R A G E

der Abgeordneten Probst, Mag. Praxmarer  
an die Frau Bundesministerin für Unterricht, Kunst und Sport  
betreffend Unterrichtssituation in Schulklassen mit hohem  
Anteil an fremdsprachigen Kindern

In Wien gibt es derzeit eine bereits nicht unerhebliche  
Anzahl von Klassen, in denen der Anteil an fremdsprachigen  
Kindern bis zu 70 % beträgt. Auch andere Bundesländer sehen  
sich zunehmend mit diesem Problem konfrontiert.

Die Situation wird umso schwieriger, wenn die Kenntnis der  
deutschen Sprache nur sehr mangelhaft ist. Die Lehrer in  
diesen Klassen können die auftretenden Probleme kaum  
bewältigen. Eine optimale Förderung aller Kinder ist nicht  
möglich, sodaß das Niveau für alle sinkt, fremdsprachige  
Kinder in Sonderschulen abgeschoben werden und dadurch keine  
ihrem Leistungsvermögen entsprechende Ausbildung bekommen.  
Offensichtlich gibt es weder für das Land Wien noch für das  
gesamte Bundesgebiet eine einheitliche Strategie zur  
Bewältigung dieses Problems.

Das Bundesministerium hat zwar eine Liste von Beratungs-  
stellen für Lehrer, Arbeitsmigranten und Flüchtlinge heraus-  
gegeben, leider werden derartige Informationen als Holschuld  
und nicht als Bringschuld angesehen.

Abgesehen von einem stärkeren Einsatz von Zweitlehrern und  
besseren Weiterbildungsmöglichkeiten für Lehrer im Hinblick  
auf Ausländerpädagogik, wäre es wichtig, den fremdsprachigen  
Kindern, deren Deutschkenntnisse nicht ausreichen, Vor-  
bereitungskurse anzubieten. Die Anfragersteller wollen damit  
klar zum Ausdruck bringen, daß sie keineswegs Klassen  
anstreben, die als Alternative parallel zum deutschsprachigen  
Unterricht geführt werden, sondern darunter Kurse verstehen,  
um die Chancen für fremdsprachige Kinder beim Schuleintritt  
zu verbessern. Sie verstehen daher auch nicht die Argumenta-  
tion des Ausländer/innen Zentrums am Pädagogischen Institut,  
solche Kurse seien diskriminierend, weil sie das Abschieben

der betroffenen Kinder nur aus dem Grund, weil diese dem Unterricht auf Deutsch nicht folgen können, als weitaus diskriminierender und ungerechter erachten.

Die unterfertigten Abgeordneten richten daher an die Frau Bundesministerin für Unterricht, Kunst und Sport nachstehende

### A n f r a g e

1. In wievielen Klassen, getrennt nach Bundesländern und Schularten, liegt der Anteil an fremdsprachigen Kindern über 30 %?
2. Welche Maßnahmen werden gesetzt, bzw. sind geplant, um die Lehrer bei der Bewältigung dieser Aufgabe zu unterstützen (z. B. Einsatz von Zweitlehrern)?
3. Inwiefern wird auf diese Problematik bei der Lehrerweiterbildung an den Pädagogischen Instituten Bedacht genommen?
4. Sind Sie bereit, im Interesse einer bestmöglichen Förderung aller Kinder, Vorbereitungsklassen einzuführen, die für jene Kinder gedacht sind, die über keine ausreichenden Deutschkenntnisse verfügen?
5. Wenn ja: a) Haben Sie bereits diesbezügliche Gespräche mit den Ländern geführt?  
b) Wie sieht die weitere Vorgangsweise aus?
6. Wenn nein, Wie begründen Sie Ihre Haltung?